

07.06.2017

Gemeinsame Pressemitteilung der Finanzausschüsse des Gemeindetags und des Landkreistags Baden-Württemberg

Finanzausschüsse des Gemeindetags und des Landkreistags plädieren für eine kommunale Stimme im Normenkontrollrat des Landes

Die Finanzausschüsse des Gemeindetags und des Landkreistags Baden-Württemberg haben sich bei ihrer jährlichen gemeinsamen Sitzung in Stuttgart für einen kommunalen Sitz im Normenkontrollrat des Landes ausgesprochen. Der Normenkontrollrat befasst sich mit den Folgekosten, die durch Gesetze und Verordnungen entstehen. Ziel ist es, diese Kosten zu erkennen und zu minimieren. Die Ergebnisse stehen den Abgeordneten im Gesetzgebungsverfahren dann als Entscheidungshilfe zur Verfügung. Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag ist verankert, dass für das Land Baden-Württemberg ein solcher Normenkontrollrat gebildet werden soll.

"Es ist unerlässlich, dass die Kommunen in einem solchen Gremium vertreten sind, denn die Gesetze wirken sich nahezu immer an der Basis, in den Kommunen aus. Dort können die Auswirkungen und Kosten deshalb am besten eingeschätzt und beziffert werden. Wir begrüßen deshalb auch die Absicht des Landes, einen Normenkontrollrat einzurichten", fasste Landrat Klaus Pavel die Bewertung des gemeinsamen Ausschusses zusammen.

Der Pakt für Integration, den Land und Kommunen im April 2017 geschlossen haben, ist ein wichtiger Schritt hin zu einer erfolgreichen Integration der vielen Geflüchteten. Die Kommunen – sowohl auf der kreiskommunalen Ebene wie auch in den Städten und Gemeinden – wollen und werden sich dieser Herausforderung stellen. Deutlich wurde in der Sitzung der Finanzexperten jedoch, dass die zeitliche Begrenzung auf zwei Jahre an der realen Bedarfslage vorbeigeht. „Integration ist ein langfristiger und intensiver Prozess, der unsere Gesellschaft noch viele, viele Jahre herausfordern wird. Das zeigt nicht zuletzt auch ein Blick in die Vergangenheit. Die Kommunen dürfen daher nach nur 24 Monaten nicht mit dieser Aufgabe alleine gelassen werden“, betonte der Bürgermeister von Seckach, Thomas Ludwig.

Beide Ausschüsse fordern vom Land darüber hinaus die rasche Umsetzung der zugesagten Auszahlung der flüchtlingsbedingten Ausgaben im Rahmen der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen.

Die Ausschüsse diskutierten auch die Auswirkungen des Forstkartellverfahrens. Inzwischen sei ein Neuorientierungsprozess eingeleitet, über dessen Notwendigkeit politischer Konsens bestehe. „Die Neuorganisation der Forstverwaltung wird die Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Wir müssen aber besonnen handeln und zunächst mögliche Handlungsoptionen ausarbeiten“ machte Landrat Pavel deutlich. Dabei bedürfe es einer Lösung, bei der die Interessen aller Waldbesitzer Berücksichtigung finden. Abschließende Klarheit über die Zukunft der Forstverwaltung im Land könne und werde allerdings erst die Entscheidung des BGH im Rechtsbeschwerdeverfahren bringen.

Pressesprecherin des Gemeindetags Baden-Württemberg:

Kristina Fabijancic-Müller

Telefon +49 711 22572-34

Mobil +49 160 97272863

kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

Pressesprecher des Landkreistags Baden-Württemberg:

Jan-Ole Langemack

Telefon +49 711 22462-29

langemack@landkreistag-bw.de